

## Neujahrsüberraschung

Johannes Paul II. kündigt  
„Marianisches Jahr“ an

Von Pfingsten 1987 bis zum 15. August 1988 wird die katholische Kirche ein „Marianisches Jahr“ begehen. Das gab Johannes Paul II. in seiner Predigt am *Neujahrstag* im Petersdom bekannt, in der er außerdem eine der Gottesmutter gewidmete *Enzyklika* ankündigte. Sie dürfte im Frühjahr veröffentlicht werden. Man muß schon etliche Jahre zurückgehen, um Parallelen zu diesen marianischen Initiativen des Papstes ausfindig zu machen. Das bisher einzige „Marianische Jahr“ war von *Pius XII.* ausgerufen worden; es dauerte vom 8. Dezember 1953 bis zum 8. Dezember 1954 und galt der Hundertjahrfeier der Dogmatisierung der Unbefleckten Empfängnis Mariens. Das letzte *päpstliche Schreiben über Maria* liegt über ein Jahrzehnt zurück: Am 2. Februar 1974 hatte Paul VI. sein Apostolisches Schreiben „*Marialis cultus*“ veröffentlicht (vgl. HK, Mai 1974, 258–262), das die heilsgeschichtlich-christologisch orientierte Marienlehre des Zweiten Vatikanums bekräftigte und eine kritische Überprüfung der Formen der Marienfrömmigkeit bzw. ihre zeitgemäße Erneuerung anregte. Die Vermutung, Johannes Paul II. werde sich in einer eigenen Enzyklika mit mariologischen Fragen befassen, war schon bald nach Beginn seines Pontifikats verschiedentlich aufgetaucht. Nach den bisherigen Äußerungen des Papstes zu Maria und ihrer Stellung im Geheimnis Christi und der Kirche und angesichts seiner intensiven Marienfrömmigkeit kommt die Ankündigung der Marien-*enzyklika* jetzt denn auch *nicht überraschend*. Anders steht es mit dem „Marianischen Jahr“, das in allen Diözesen der Weltkirche jeweils mit eigenen Initiativen und Anlässen gefeiert werden soll. Aber nach dem von Johannes Paul II. kurzfristig und unerwartet ausgerufenen „Außerordent-

lichen Heiligen Jahr“ 1983/84 (vgl. HK, Mai 1983, 197–198) lagen vergleichbare Initiativen im Bereich des Möglichen.

Der Papst stellte bei seiner Ankündigung das „Marianische Jahr“ 1987/88 in den Horizont der Vorbereitung auf das Jahr 2000 und griff damit ein Thema auf, das sich schon in seiner Antrittsenzyklika „*Redemptor hominis*“ findet und das er zuletzt in der Enzyklika „*Dominum et vivificantem*“ breit und eindringlich entfaltet hat (vgl. HK, Juli 1986, 307–309). Offenbar sieht Johannes Paul II. eine der Grundaufgaben seines Pontifikats darin, die Kirche auf den *Übergang ins dritte christliche Jahrtausend vorzubereiten*, möchte er mit dem Gewicht seines Amtes und seiner Person dazu beitragen, das religiöse Leben im Vorblick auf die Jahrtausendwende zu reaktivieren. Maria solle, so jetzt die Neujahrspredigt, „am Horizont des Advents unserer Zeiten“ aufleuchten, „während wir uns der Etappe des dritten Jahrtausends nach Christus nähern“.

Es bleibt die Frage, ob und inwieweit die bevorstehende Jahrtausendwende (sie wird ja längst nicht nur in kirchlichen Äußerungen beschworen) wirklich einen Impuls zur Erneuerung des kirchlichen Lebens und zur Vertiefung des Glaubens liefern kann. Bisher hat es jedenfalls nicht den Anschein, es fände das von großem Pathos getragene Engagement des Papstes im Hinblick auf dieses Datum sehr viel Widerhall.

Und das „Marianische Jahr“? Christen, für die die Verehrung der Gottesmutter in ihren je nach Tradition und Land unterschiedlichen Formen selbstverständlicher Teil ihres religiösen Lebens ist, brauchen keinen solchen Anstoß. Wer Schwierigkeiten mit der Marienverehrung hat und einer zu starken theologischen Akzentuierung der Gestalt Marias auch bei entsprechender christologischer und ekklesiologischer Einbettung mit Zurückhaltung begegnet, dürfte wiederum durch ein „Marianisches Jahr“ kaum zu gewinnen sein. Bleibt abzuwarten, was die Ortskirchen aus dem päpstlichen Anstoß machen. ru

## Welche Einheit?

Überlegungen Kardinal Ratzingers zur Ökumene

Ihr letztes Heft im Jahr 1986 widmete die „Tübinger Theologische Quartalschrift“, die älteste und immer noch mit die anregendste theologische Fachzeitschrift im deutschen Sprachraum, dem Schwerpunktthema „Zukunft der Ökumene“. Den Reigen der Beiträge zum Thema eröffnet ein Brief des Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal *Joseph Ratzinger*, an den Tübinger Fundamentaltheologen *Max Seckler*. Kardinal Ratzinger, früher selber einmal Ordinarius in Tübingen und Mitherausgeber der „Quartalschrift“, war von der Redaktion gebeten worden, seine Vorstellungen zum Fortgang der Ökumene zu erläutern und kam diesem Wunsch in Form eines Briefes nach.

Die Ausführungen des Kardinals, dessen kritische Bemerkungen zum Rahner-Fries-Plan für die Einigung der Kirchen einiges Aufsehen erregt hatten (vgl. HK, Januar 1984, 4), konzentrieren sich auf zwei Bereiche. Ratzinger zieht in knappen Linien eine *Bilanz* des in der Ökumene bisher Erreichten und entwirft aus seiner Deutung der Lage heraus einige *Zukunftsperspektiven*. Bei der Bilanz deckt er etliche wunde Punkte auf, so etwa wenn er darauf hinweist, daß als ökumenischer Handlungsträger weder eine isolierte Basis noch eine isolierte kirchliche Obrigkeit in Frage komme. Auch die Anmerkungen zu den Grenzen theologischer Konsensaussagen und der „Verhandlungsökumene“ haben ihr fundamentum in re. Es gehört ja zu den Grunderfahrungen der gegenwärtigen ökumenischen Situation, daß es zwar zahlreiche Konsense und Konvergenzen gibt, daß damit die entscheidenden Probleme aber noch längst nicht angegangen, geschweige denn gelöst sind.

Auch mit seinen Vorschlägen für die Zukunft der Ökumene dürfte Ratzin-



ger vielen Theologen, Kirchenmännern und Gemeindegliedern auf katholischer wie auf nichtkatholischer Seite angesichts der oft frustrierenden Erfahrungen mit dem Fortgang des ökumenischen Prozesses aus dem Herzen sprechen: Er warnt vor ökumenischem *Aktivismus* und davor, dem jeweils anderen etwas aufdrängen zu wollen, was ihn noch im Kern seiner christlichen Identität bedrohe. Katholiken sollten nicht versuchen, Protestanten zur Anerkennung des Papsttums und ihres Verständnisses von apostolischer Sukzession zu drängen; Protestanten sollten Katholiken nicht zur Interkommunion drängen.

Ratzingers Darlegungen sind ein in vieler Hinsicht bedenkenswertes *Plädoyer für ökumenischen Realismus*. Sein Rat, die schon bestehende Einheit zwischen den Konfessionen zu erkennen und anzuerkennen und die noch bleibenden Verschiedenheiten nicht durch von der Wirklichkeit nicht gedeckte Operationen zu überspringen (den „Stachel des Andersseins ertragen“), ist, wie er ausdrücklich betont, nicht als Absage an die Ökumene gemeint, soll und muß nicht der Stagnation und Resignation Vorschub leisten. Das Grundproblem von Ratzingers – in dem Brief nur skizzenhaft, aber doch deutlich genug umrissener – ökumenischer Konzeption liegt anderswo: Der Kardinal trennt überschärft zwischen dem, was nur Gottes Sache sein kann, nämlich wirkliche Einheit der Christen ins Werk zu setzen, und dem, was Menschen tun können. Hat aber der bisherige Weg der ökumenischen Bewegung bei aller Einsicht in die Grenzen von theologischem Konsens und Verhandlungen nicht gezeigt, daß sich zwischen den getrennten Kirchen und Christen mehr bewegen kann, als es Ratzingers Warnungen vor Aktivismus und „Erfolgszwang des Selberrmachens“ vermuten lassen? Es wäre also nach den Formen und Möglichkeiten von Einheit zu fragen, die zwischen der Gottes Wirken vorbehaltenen und der von Ratzinger mit guten Gründen attackierten, im schlechten Sinn „gemachten“ Einheit liegen. ru

## Schatten

### *Franz-Josef Strauß und die deutsche Vergangenheit*

Wenn ein Thema des sachlich eher konturenlosen Bundestagswahlkampfes 1986/87 auch über den Wahltag am 25. Januar hinaus in den nächsten Jahren von Bedeutung sein wird, dann ist es die Frage nach dem Verhältnis der Deutschen zu sich selbst und – darin eingeschlossen – zur eigenen Vergangenheit. Was im vergangenen Jahr ausgehend vom Streit um die Errichtung zweier Museen in Berlin und Bonn sowie eines „nationalen Mahnmals“ unter der Bezeichnung „Historikerstreit“ die Feuilletons bundesdeutscher Zeitungen und Zeitschriften bereicherte, erhielt in der diesmal allenfalls lauwarmen Zeit des Wahlkampfes das, was ihm eigentlich von Anfang zukam: eine handfest politische Dimension. Das Verdienst, dieses Thema für den politischen Alltagsstreit operationabel gemacht und auf den Punkt gebracht zu haben, kommt dabei wieder einmal dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten *Franz-Josef Strauß* zu. Die Deutschen müßten – so Strauß – endlich aus dem „Schatten des Dritten Reiches“ heraustreten und sich den „aufrechten Gang“ angewöhnen. Im gleichen Atemzug weist er darauf hin, die „Liebe zur Heimat, zum eigenen Land, zum eigenen Volk“ sei eine dem Menschen in die Wiege gelegte Eigenschaft, die man zwar vergessen, verdrängen, unterdrücken oder lächerlich machen könne, ausgerottet werden könne sie jedoch nicht.

Interessant an dieser Straußschen Wahlkampfparole ist vor allem, was er damit indirekt insinuiert: Wer sich dem Wunsch nach Normalisierung dessen versagt, was man bislang für ein Stück nicht normalisierungsfähiger Diskontinuität deutscher Geschichte gehalten hatte, wird als jemand dargestellt, der zu einem wahrhaft aufrechten Gang und zu einer

patriotischen Einstellung unfähig ist. Wer die Erinnerung an die Opfer nazideutscher Vergangenheit wachzuhalten entschlossen ist, erscheint als jemand, der langfristig die Herausbildung eines gesunden Selbstbildes als Deutscher erschwert, und – was dazu notwendig wäre – das Wiederanknüpfen an einen kollektiven Traditionsbestand verhindert, ja mehr noch, der sogar der wirtschaftlich-technischen Entwicklung der Bundesrepublik nachhaltige Steine in den Weg legt.

Letzteres hat damit zu tun, daß die „Schatten des Dritten Reiches“ sich nicht nur sozialpsychologisch auswirken im Zusammenhang mit dem Entstehen bzw. Nichtentstehen eines deutschen Heimatgefühls oder dem Verhältnis zur eigenen nationalen Tradition. Sie wirken sich in Mark und Pfennig dort aus, wo sich die Bundesrepublik eine beispiellose restriktive Handhabung des Rüstungsexportes leistet. Das selbstaufgelegte Ausfuhrverbot für Rüstungsgüter in Spannungsbereichen macht der bundesdeutschen Rüstungsindustrie zu schaffen und ruht letztlich nur auf dem bislang angenommenen Konsens über die nicht normalisierbare Diskontinuität nazideutscher Verbrechen.

So sicher es ist, daß diese Straußsche Initiative mehr ist als nur Wahlkampfgeplänkel zur Befriedigung gewisser rechter Kreise, die sich von den C-Parteien zu distanzieren beginnen, da ihnen die „Wende“ nicht einschneidend genug ausgefallen ist, so nachhaltig wird man darauf hinweisen müssen, daß hier *Scheinalternativen* aufgebaut werden. Ein Verhältnis zur eigenen nationalen Tradition, das meint, es sich nicht leisten zu können, die eigenen Schatten klar und deutlich in den Blick zu nehmen, würde ebensowenig einen aufrechten Gang ermöglichen wie die Einstellung, die jede Form von deutschem Patriotismus dem Faschismusvorwurf aussetzt. Ein aufrechter Gang, der nicht in der Lage wäre, Dissonanzen, und seien sie von der Qualität nazideutscher Greuelthaten, auszuhalten, verdiente diese Bezeichnung nicht. Die Deutschen haben keine Wahl zwischen der Erinnerung an die Opfer